



Foto: Deutscher Bundestag/Studio Kohlmeier

Editorial

Bis hierhin. Und jetzt weiter

Für den Deutschen Bundestag sind wir eine Premiere. Zwei Frauen, beide in der gleichen Partei. Eine Fraktion sind wir nicht, Gruppe dürfen wir uns nicht nennen, vom Präsidium aus gesehen sitzen wir ganz weit links im Plenarsaal. Dieser Platz entspricht unserer politischen Arbeit im Bundestag.

Wir haben Rederecht zu allen Themen, die im Plenum debattiert werden. Und wir nutzen dieses Recht, weil wir was zu sagen haben. Nicht, dass man uns besonders gern zuhört, aber wir reden ja auch nicht für die Bundestagsabgeordneten. Wir reden und arbeiten für die, deren Interessen wir vertreten. Die durch politische Entscheidungen benachteiligt sind, denen Chancengleichheit verwehrt ist, die unter den Folgen einer unsozialen Reformpolitik zu leiden haben, die sich selbst manchmal nur schwer wehren können oder Hilfe brauchen, wenn sie sich wehren wollen.

Wir reden und handeln dafür, dass ostdeutsche Interessen nicht gänzlich unter den Tisch gekehrt werden und dafür, dass der Osten nicht gegen den Westen ausgespielt wird. Interessensvertretung kann nicht an einer imaginären Grenze Halt machen.

Wir streiten für mehr Demokratie, zum Beispiel für eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung. Wir kritisieren, oft als einzige, wenn noch mehr Bürgerrechte abgebaut werden sollen.

Wir streiten für mehr Demokratie, zum Beispiel für eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung. Wir kritisieren, oft als einzige, wenn noch mehr Bürgerrechte abgebaut werden sollen.

Seit zwei Jahren vertreten wir die PDS im Bundestag. Richtig ist, dass zwei Einzelabgeordnete nicht leisten können, was vorher eine Fraktion schaffte. Falsch ist, dass unsere Arbeit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Wir sitzen in Ausschüssen, wir stellen Anfragen, die sonst keiner stellte, wir besetzen von links Themen, bei denen sich große Koalitionen anbahnen.

Aber wenn man nur zu zweit ist, müssen Schwerpunkte gesetzt werden: Friedenspolitik, Gesundheitsreform, Rentenreform, Umbau der Sozialsysteme, Rechtsradikalismus.

Wir haben die vergangenen zwei Jahre nicht nur gut überstanden. Wir haben vor allem viel

geschafft und darauf sind wir stolz. Und so wird es auch in den kommenden zwei Jahren sein. Natürlich teilen wir unsere Leidenschaft für eine linke Politik der Einmischung im Deutschen Bundestag gern mit einer großen Fraktion Gleichgesinnter. Wir sind sicher, dass dies ab 2006 auch so sein wird. Halbzeit also. Auf den folgenden Seiten wollen wir deshalb ein Resümee ziehen und einen Ausblick geben auf das, was wir noch tun werden bis zu den nächsten Bundestagswahlen: Uns lautstark einmischen, mit klugen Inhalten. Wie es sich für die Partei des Demokratischen Sozialismus gehört.

Gesine Löttsch

Petra Pau

Inhalt

- **Seite 2**
Tiny Kox über die PDS im Bundestag.
- **Seite 3**
"Hierarchien wären für uns albern"
- **Seiten 4 - 6**
Schwerpunkte: Gesundheitssystem, Medien, Hartz IV, Friedenspolitik und Rechtsradikalismus
- **Seite 7**
Wahlkreisarbeit, Pressestimmen, Briefe
- **Seite 8**
Viele Fragen, viele Antworten

Am Rande

14.9.2002: Die PDS bestreitet heftig, was andere unterstellen. Wir meinen: Das Solidar-System ist weder überholt, noch am Ende. Es muss modern, zukunftsfähig, also neu begründet werden. Dazu gibt es alternative Vorschläge, auch von der PDS. Zu finden unter anderem in der "A-Z"-Brochure oder unter www.sozialiste.de (Petra Pau)

11.2.2003: Heute hat der Berliner Senat beschlossen, den ehemaligen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin wieder in die Ehrenbürgerliste Berlins aufzunehmen. Endlich! Jetzt kommt es mir darauf an, dass die Wiederaufnahme Bersarins in die Ehrenbürgerliste Berlins auch würdig begangen wird. (Gesine Löttsch)

13.2.2003: Als ich von der gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und der Französischen Nationalversammlung anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages nach Hause komme, erklärt mir US-Minister Rumsfeld im Fernsehen, es gebe nicht nur Frankreich und Deutschland in Europa, sondern auch solche Länder, die die USA unterstützten. Ich habe den Tag in Versailles ganz anders bewertet. Ich war sehr froh, wie klar und eindeutig sich Gerhard Schröder und Jacques Chirac gegen den Irak-Krieg aussprachen. (Gesine Löttsch)

15.2.2003: Ich war an der Weltzeituhr verabredet. Welch naiv gewählter Treffpunkt! Die gleiche Idee hatte nämlich noch eine Vielzahl anderer Menschen. Schließlich kämpfte ich mich aber doch zu dem Transparent "Abgeordnete gegen den Krieg" durch. Deutschland würde sich isolieren, hatte in der Debatte am Donnerstag im Bundestag die CDU zum wiederholten Mal behauptet. Millionen Demonstranten auf Europas Straßen sprechen eine andere Sprache. (Gesine Löttsch)

29.3.2003: Tausende Demonstranten versammeln sich auch heute wieder, um gegen den Krieg gegen Irak zu protestieren. Eine zentrale Forderung vieler Teilnehmer ist es, den deutschen Luftraum für US-amerikanische Kampfflugzeuge zu sperren. Zur Abschlusskundgebung waren erstmals Redner der SPD, der Grünen, der PDS und der DKP zugelassen. Die Redner von SPD und Grünen erschienen nicht. (Gesine Löttsch)

17.6.2003: Ich glaube, niemandem ist geholfen, wenn sich die PDS immer wieder vor aktuellen

Tiny Kox über Gesine Löttsch und Petra Pau

"Ihr Einsatz, ihre Leistung und Kreativität"



Es ist jammerschade, dass die PDS bei den letzten Wahlen ihre Bundestagsfraktion aufgeben musste, aber ich hoffe, dass die PDS ihre parlamentarische Präsenz schnell wieder zurück erobert.

Lothar Biskys Ansatz, aus der PDS eine zeitgemäße aktive und selbstbewusste Linkspartei zu machen, die den Menschen wirklich etwas bedeutet, spricht mich

sehr an. Eine starke Parlamentsfraktion, links von den Sozialdemokraten und den Grünen, ist sehr wichtig.

Das merken wir auch bei unserer Arbeit in den Niederlanden: Dank unseres Auftretens im Parlament konnten wir innerhalb von zehn Jahren die viertgrößte Partei werden - sowohl was die Zahl der Wähler als auch die der Mitglieder anbelangt.

Per Internet verfolge ich, was die PDS jetzt im Bundestag tut. Wie Gesine Löttsch und Petra Pau dort arbeiten und wirken - trotz aller manchmal sogar unanständiger Einschränkungen, die ihnen durch den Bundestag auferlegt werden -, finde ich beeindruckend und gut. Das betrifft das inhaltliche Herangehen, das oft mit unserem im niederländischen Parlament übereinstimmt, aber

auch die mutigen Demonstrationen vor dem Eingang des Parlaments, die guten Flugblätter, die informativen Broschüren wie auch die vielen Kontakte mit Wählern und Bürgern.

Auch das ähnelt sehr unserem Handeln, bei dem es vor allem darum geht, den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf miteinander zu verknüpfen.

Ab und zu treffe ich Gesine und Petra und lasse sie auch wissen, wie sehr ich ihren Einsatz, ihre Leistung und ihre Kreativität bewundere. Mit wenig Mitteln leisten sie viel - sie passten gut in unsere Parlamentsfraktion!

Mein bescheidener Rat: Die PDS sollte nachdrücklicher und offensiver kundtun, dass sie jetzt bereits eine aktive PDS-Vertretung auf Bundesebene hat. Bescheidenheit ist schön, aber übertriebene Bescheidenheit bringt nichts. Seid doch stolz darauf, dass Gesine und Petra allen Menschen, die beim letzten Mal für die PDS gestimmt haben, eine klare Stimme geben - und auch allen Menschen, die darüber nachdenken, es beim nächsten Mal zu tun.

Beider selbstbewusstes Auftreten im Bundestag beweist ganz konkret, wie wichtig und notwendig es ist, schnell wieder eine PDS-Fraktion im Bundestag zu haben.

*Tiny Kox,
Vorsitzender
der Senats-
fraktion der
Sozialisti-
schen Partei
der Nieder-
lande*



Was die PDS-Bundestagsabgeordneten machen

Niemand fragt, niemand redet so viel

24 Monate, 104 Wochen, 728 Tage, 17 472 Stunden sind jetzt, zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode, Gesine Löttsch und Petra Pau Mitglieder des 15. Deutschen Bundestag. Sie sind dort zwar von der Sitzordnung her die hintersten Hinterbänker, aber nicht nur fleißiger und emsiger als die unmittelbar vor ihnen Sitzenden, sondern - gemessen an der Zahl ihrer schriftlichen und mündlichen Anfragen und ihrer Reden - ganz gewiss auch fleißiger als die Abgeordneten in den ersten Reihen des Parlaments.

Die beiden direkt Gewählten sollten, so der Wille der Mehrheit im Parlament, keine Chance haben, aber das hat sie nicht stumm werden lassen. Ganz im Gegen-

teil. Sie gehören zu denen, die am häufigsten am Rednerpult stehen, sie gehören zu denen, die die meisten Anfragen stellen. Nimmt man beides, Reden und die schriftlichen wie mündlichen Anfragen zusammen, sind sie schier unschlagbare Spitze: Sie brachten 450 Anfragen ein und widersprachen zumeist 214 Mal vom Rednerpult aus den Vorhaben und Gesetzen der Regierungs- und der Oppositionsparteien.

Ihre politischen Absichten und Schwerpunkte manifestieren sich deutlich in den Top Ten der Themenbereiche, zu denen sie sich, sei es als Anfrage oder mit einer Rede, meldeten: Haushalt und Finanzen (127 Beiträge), Rechtsextremismus (90), Friedenspolitik

(88), Gesundheitspolitik (56), Arbeitsmarktpolitik (49), Internationale Politik und Aufbau Ost (beide 27), Innere Sicherheit (25), Migrationspolitik (23) und EU (20). Auf den weiteren Plätzen folgen Aus- und Bildungspolitik, Kulturpolitik, Terrorismus, Datenschutz, Menschenrechte sowie Landwirtschaft, Umwelt und Sonstiges.

Deutlich auch die Schwerpunkte, die sich die beiden Abgeordneten einverständlich zugeteilt haben: Beim Thema Friedenspolitik haben beide zusammen 61 Anfragen gestellt und 27 Reden gehalten. Beider Schwerpunkt ist Haushalt und Finanzen - Gesine Löttsch (62 Anfragen, 27 Reden), Petra Pau (17/15). Petra Pau hat dane-

ben noch 80 Anfragen zum Rechtsextremismus gestellt. Weitere gemeinsame Schwerpunkte sind die Arbeitsmarktpolitik - elf Reden von Löttsch, 13 von Pau - und die Kulturpolitik (9/5).

Widergespiegelt wird diese Arbeit auch in den Medien. Vorneweg ist hier das "Neue Deutschland", das sich 141 Mal ihrer Arbeit widmete. Gerade 25 Beiträge über die beiden erschienen in der "tageszeitung", mehr noch als in "Junge Welt" (21), "Berliner Zeitung" (18), "Tagespiegel" (15), "Die Welt" (12) und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (11). Alle anderen berichteten in den vergangenen zwei Jahren weniger als zehn Mal. (Stand 26.08.2004)

Hierarchien wären für uns albern

Zu zweit im Bundestag zu sein, halten viele für ein schweres Schicksal. Das sehen Petra Pau und Gesine Löttsch anders.

das schätze ich besonders an ihr. Bis jetzt ist uns noch nie die Lust auf politische Arbeit vergangen.

Aber ist das nicht auf die Dauer deprimierend, wenn immer nur eine Beifall spendet nach einer Rede?

Gesine Löttsch Hin und wieder bekommen wir auch von anderen Beifall, aber es stimmt schon, wir sind im Plenarsaal darauf angewiesen, ein gut eingespieltes Team zu sein. In der Aktuellen Fragestunde zum Beispiel stellt eine die Frage und die andere Nachfragen. Parlamentarische Spielregeln können für uns auch oft von Nutzen sein.

Petra Pau Außerdem ist es doch toll, wenn immer hundert Prozent der eigenen Fraktion Beifall spenden. Das bekommen die anderen nicht. Und man darf nicht vergessen, dass wir zu jedem Thema reden können.

Da fragen sich doch viele, ob das überhaupt geht und gut ist. Man kann ja nicht alles wissen.

Petra Pau Wir haben uns natürlich auf einige Schwerpunkte konzentriert: Friedenspolitik, Gesundheitspolitik, Sozialsysteme, Renten, Rechtsradikalismus. Außerdem sind wir ja nun wirklich nicht allein. Wir haben Unterstützung aus der Partei, ein Netzwerk kluger Leute, die uns zuarbeiten und unterstützen.

Gesine Löttsch Wir müssen Entscheidungen treffen, was wichtig ist, dürfen uns nicht überschätzen, aber unser Licht auch nicht unter den Scheffel stellen. Auch als die PDS mit einer Fraktion im Bundestag war, sind ihre Vorschläge und Initiativen nicht mit Begeisterung und Zustimmung aufgenommen worden. Das war alles harter Kampf.

Petra Pau Für uns ist wichtig zu zeigen, dass die PDS im Bundestag ist, was sie politisch vertritt und will. Wir reden doch nicht für die 601 Abgeordneten, sondern vor allem für die, die von Politik betroffen sind.

Aber wenn ihr im Bundestag nie etwas durchsetzen, keine

Anträge und Gesetzesinitiativen einbringen könnt, stellt sich die Frage nach dem Sinn. Man will doch nicht nur aufklären, sondern etwas verändern.

Gesine Löttsch Ohne uns, das sagen auch andere Abgeordnete, würden manche Fragen im Bundestag gar nicht gestellt. Und manche Informationen erreichten die Menschen überhaupt nicht. Es ist richtig, dass wir keine Gesetze einbringen können. Die FDP kann das, aber deshalb bekommt sie noch lange nicht Gesetze durch. Natürlich ist die Erwartung vieler Menschen an uns hoch. Das berührt uns und macht es manchmal schwierig. Wir können nicht leisten, was eine ganze Fraktion macht.

Petra Pau Wenn wir im Bundestag vernehmlich sagen, welche Folgen das, was jeweils gerade diskutiert und verhandelt wird, für das Leben vieler hat, dann ist das wichtig. Und wichtig ist auch, dass wir oft etwas für Einzelne tun und bewegen können. Wenn sich jemand mit einem Problem



Fangen wir mal mit dem Wichtigsten an: Seid ihr eigentlich miteinander befreundet?

Gesine Löttsch Sind wir. Das ist zwar nicht Bedingung, wenn man zusammen arbeitet, aber es erleichtert die Arbeit ungemein, wenn man sich auch sonst gut versteht.

Petra Pau Es ist zwar nicht so, dass wir auch noch unsere ganze Freizeit miteinander verbringen, aber wenn wir doch mal außerhalb des Bundestages zusammen sind, ist auch das immer sehr schön.

Was schätzt ihr an der anderen besonders?

Gesine Löttsch Ich kann mich auf Petra verlassen. Unser Anspruch an die Qualität politischer Arbeit ist ähnlich.

Petra Pau Also gleich hoch.

Gesine Löttsch Wir haben in den zwei Jahren ein gemeinsames Verständnis von dem, was wir tun, erarbeitet. Wir kommen so auch immer schnell zu Ergebnissen. Wir leben beide in Berlin - das ist auch nicht unwichtig, in dieser Stadt verankert zu sein. Wir kennen uns seit 1990. Wir sind beide Löwen.

Petra Pau Heißt, wir haben beide eine bestimmte Grundresistenz gegen politische Angriffe. Gesine kann kämpfen und gibt nicht auf,



Picknicken auf der Plenarsaalebene des Reichstagsgebäudes mit Kartoffelsalat, Rosinenkuchen ...

an uns wendet und wir können ihm helfen, dann ist das für uns ein Zeichen, dass wir hier am richtigen Platz sind.

Was ist der größte Vorteil, wenn man nur zu zweit im Bundestag sitzt?

Gesine Löttsch Wir haben keine komplizierten Abstimmungsprozesse, bei vielen Dingen genügt ein halber Satz, eine kurze Notiz, um die Arbeit zu verteilen. Wir gewinnen viel Lebenszeit, weil wir nicht andauernd große Sitzungen anberaumen müssen.

Petra Pau Hierarchien wären in unserem Fall ja albern. Wir hatten noch nie einen Punkt, wo wir uns gar nicht mehr verständigen konnten. Wir sind wirklich gut aufeinander eingespielt und kompensieren dadurch vieles, was an Nachteilen entsteht, wenn man keinen Fraktionsapparat hat.

Das heißt, ihr habt euch noch nie richtig gestritten?

Gesine Löttsch Ja, aber es kommt vor, dass wir unterschiedliche Meinungen haben, aber richtig streiten...

Petra Pau Ob das jetzt einen guten Eindruck macht? Aber Gesine hat Recht: Wir streiten uns nicht. Nicht mal um die Plätze im Plenarsaal.

Die Fragen stellte Hannah Hoffmann

Fortsetzung von Seite 2

Auseinandersetzungen drückt, weil sie gerade ungelegen kommen. Aus Hamburg schrieb mir einer: "In der PDS herrscht immer der Genosse Unzeit." Er sei ein wesentliches Problem der innerparteilichen Krise. Auch das stimmt, leider. (Petra Pau)

3.7.2003: Die eigentliche Frage lautet: Was sind einzelne Abgeordnete "wert" und damit auch die Stimmen ihrer Wählerinnen und Wähler? Wenn es Abgeordnete zweiter Klasse gibt, dann gibt es folglich auch Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Das Grundgesetz schließt so etwas eigentlich aus. Also sind "wir" ein Fall fürs Bundes-Verfassungsgericht, oder? (Petra Pau)

13.10.2003: Protestdemonstration der Grauen Panther gegen die zwei Nullrunden bei den Renten. Auch viele Mitglieder der PDS sind dabei. Ich mache in meiner Rede deutlich, dass es nicht nur um die Renten von heute geht. Jede Rentensenkung heute wird auch negative Auswirkungen auf die Renten von morgen haben. (Gesine Löttsch)

15.11.2003: Der Bundestag brauchte eine ganze Minute. Dann stand fest: Der "Palast der Republik" wird abgerissen. Es gab keine Debatte, kein Pro und Kontra. Der Abriss wurde bestellt wie die Müllabfuhr. Die Ideologen hatten obsiegt, das Denken war verstummt. Be-schlossen wurde ein politisches Nichts, ein hauptstädtisches Loch, ein Zeugnis geistiger Armut. Ganz zu schweigen von den leeren Kassen im Bund und im Land. (Petra Pau)

2.12.2003: Die PDS-Fraktionen in den Bezirksverordneten-versammlungen Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg haben zu einer öffentlichen Anhörung über die Hartz-Gesetze und deren Auswirkungen auf den Stadtraum Ost eingeladen. Hier, in den Wahlkreisen von Petra Pau und mir, leben etwa eine halbe Million Menschen. Mehr als 50 000 von ihnen sind offiziell als arbeitslos registriert. An offenen Stellen sind nur 1389 gemeldet. In der Anhörung versuchen wir die Balance zwischen Aufdecken der prinzipiellen Richtung der Agenda 2010 - statt Arbeitsplätze schaffen, Arbeitslosigkeit billig machen - und den praktischen Möglichkeiten in der Kommune deutlich zu machen. (Gesine Löttsch)

Fortsetzung Seite 6



Gesundheit

Massive Proteste gegen Praxisgebühr

Ich habe mich nach meiner Wahl in den Bundestag auf das Thema Gesundheitspolitik gestürzt. Von Hause aus bin ich keine Gesundheitsexpertin, doch es stellte sich schnell heraus, dass das auch nicht zwingend nötig ist.

Ich sehe das Gesundheitssystem nicht aus der Sicht der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassen oder mit dem Blick auf die Rendite, wie das Bayer tut. Ich habe die Sicht einer Patientin. Das hat sich als richtig erwiesen. Wenn heute Gesundheitsministerin Schmidt die Erfolge der Gesundheitsreform feiert, dann hat sie dort Recht, wo es um die Einsparungen der Krankenkassen geht. Doch wenn man sich die Wirkungen auf die Patienten anschaut, kann man nicht von einem Erfolg sprechen.

Die Patienten erleben die Gesundheitsreform als tiefen Griff in ihre Taschen. Sie hat nicht die Strukturen unseres Gesundheitssystems positiv verändert, sie hat keinen gesünder, aber sie hat viele ärmer gemacht.

Ich habe viele Anfragen an die Bundesregierung gestellt, um Informationen über die Vorbereitung und Durchführung der Gesundheitsreform zu bekommen. Das war nicht leicht. Es zeigte sich, dass die Bundesregierung schon mit dieser Aufgabe überfordert war. Viele Menschen wussten noch in den ersten Monaten dieses Jahres nicht, was mit der Gesundheitsreform auf sie zu kommen würde. Schon im Dezember 2003 habe ich eine kleine Broschüre, "Der Patient zahlt", drucken lassen, in der ich alle wichtigen Neuregelungen zusammengefasst habe. Die Nachfrage war groß, und die Broschüre ging weg wie warme Semmeln.

Doch mir ging es nicht nur um Informationen. Ich wollte auch etwas verändern. Obwohl ich

kein Antragsrecht im Bundestag habe, konnte ich dazu beigetragen, dass sich etwas änderte: Die Bundesregierung ist mit der Praxisgebühr auf dem Rückzug. Mit einer Postkarten-Aktion habe ich die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich an die Gesundheitsministerin zu wenden und gegen die Praxisgebühr zu protestieren. Diese Protestkarten und viele andere Protestaktionen hatten Erfolg. Die Praxisgebühr ist so gut wie tot. Es gibt viele Ausnahmen und Härterege-lungen und einige Krankenkassen versuchen durch das Hausarztprinzip die Praxisgebühr abzulösen. Das bürokratische und unsoziale Monster wird die Legislaturperiode wohl nicht überleben.

Ich hatte die Gesundheitsministerin immer wieder vor der Praxisgebühr gewarnt auch mit dem Hinweis, dass sie schon in anderen Ländern gescheitert sei. Dort hatte man schnell erkannt, dass eine solche Gebühr nur die sozial schwachen Patienten bestraft.

Mit ihren Protest haben die Menschen mehr erreicht, als sie selbst glauben. Der mögliche Verzicht der Bundesregierung und der CDU/CSU auf die Einführung einer Zusatzversicherung für den Zahnersatz ab dem 1.1.2005 ist auch auf die starken Proteste gegen die Praxisgebühr zurückzuführen.

Der Erfolg ist nicht hoch genug einzuschätzen, denn die Zahnersatzversicherung wäre nicht nur ein weiterer Schritt aus der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems, sondern auch ein erster Schritt hin zu einer Kopfpauschale à la CDU gewesen. Doch daraus wird vorerst nichts. Herrn Schröder und Frau Merkel ist spät, aber sehr deutlich klar geworden, dass weitere finanzielle Belastungen der Bürge-

rinnen und Bürger im Augenblick nicht durchsetzbar sind.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. SPD und CDU/CSU wollen das Gesundheitssystem 2006 zum Wahlkampfthema machen. Ich werde mir die Vorschläge zur Kopfpauschale und zur Bürgerversicherung anschauen und mich dafür einsetzen, dass wir keine Bürgerkopfpauschalenversicherung, einen Verschnitt aus den Konzepten von SPD und CDU, bekommen.

Das solidarisch finanzierte Gesundheitssystem ist ein unschätzbare Wert für uns alle. Denn es geht nicht allein um unsere Gesundheit, es geht um mehr: Das solidarische Gesundheitssystem ist der Leim, der die Gesellschaft zusammenhält. Die Bundesregierung und die CDU/CSU sind auf dem Weg, mit der Gesundheitsreform nicht nur dieses solidarische Gesundheitssystem zu demontieren, sondern auch der Gesellschaft ein wichtiges Bindemittel zu nehmen. Dagegen sollten sich nicht nur die Patienten wehren.

Die Antwort: Die Bundesregierung kontrolliere gar nicht die vertragliche Nutzung der Kriegsschiffe, die eigent-

Gesine Löttsch

Medien

Schere in den Köpfen

Die Zahl der Antworten auf Fragen an die Bundesregierung, die öffentlich überhaupt keine Resonanz finden, wird täglich größer. So haben Petra und ich nach den deutschen Kosten für den Irak-Krieg, nach rechtsextremistischen Straftaten, nach Beraterverträgen für den ehemaligen Chef der Bundesanstalt für Arbeit oder nach der Absenkung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte gefragt. Die Antworten werden gelegentlich von den Medien genutzt, aber sie vergessen nahezu durchweg, uns, die PDS, als Fragesteller zu erwähnen.

So haben wir nur selten die Möglichkeit, Eingang in die Medien zu finden. Wie so etwas abläuft? Ich hatte die Bundesregierung gefragt, ob es zutreffen, dass DDR-Kriegsschiffe, die Anfang der neunziger Jahre unter strengen Auflagen mit Genehmigung der Bundesregierung an Indonesien verkauft wurden, offenkundig vertragswidrig bei einer vom indonesischen Präsidenten angeordneten Militäroffensive gegen die Unabhängigkeitsbewegung eingesetzt wurden.

Die Antwort: Die Bundesregierung kontrolliere gar nicht die vertragliche Nutzung der Kriegsschiffe, die eigent-

lich für den Küstenschutz dienen sollten, und sei auch für sachdienliche Hinweise nicht gerade aufgeschlossen. Sie habe sogar die Schiffe mit neuen Motoren nachgerüstet und Hermes-Bürgschaften genehmigt.

Das Thema stieß bei der Monitor-Redaktion auf Interesse und wurde in einem Beitrag verarbeitet. Mir sicherte man zu, dass auch der PDS-Ursprung der Frage erwähnt würde. In der Sendung wurde zwar aus der parlamentarische Anfrage zitiert, ohne die PDS zu erwähnen. Zum Sachverhalt hatte man auch nicht mich, sondern eine SPD-Abgeordnete befragt. Auf meine Beschwerde beim WDR, erhielt ich mitgeteilt, dass die Sendezeit begrenzt sei und man nicht auf den Ursprung der Anfrage eingehen konnte.

Ich stelle das so ausführlich dar, weil es keine Ausnahme ist. Wir müssen damit leben, dass die kritischen Fragen, die wir stellen, in der veröffentlichten Meinung nicht immer mit der PDS in Verbindung gebracht werden. Einige Journalisten nehmen es mit den Quellenangaben eben nicht so genau. Deshalb fällt die PDS auch nicht der Sendezeit, sondern der Schere im Kopf zum Opfer.

Gesine Löttsch

Hartz IV

Angriff auf den demokratischen Sozialstaat

Der Protest der PDS gegen die "Hartz"-Gesetze ist mitnichten neu, wie jetzt gern landauf, landab behauptet wird. Die unsachlichen Angriffe gegen die PDS-Einsprüche sind es auch nicht. Aber die Töne sind rauer geworden, seit die SPD in Umfragen und Wahlen abstürzt, und nicht nur in den neuen Bundesländern Zigtausende auf die Straßen gehen und montags demonstrieren.

Fast alles, was heute "Hartz" heißt, ist ein Auftragswerk der rot-grünen Bundesregierung. Noch vor der Bundestagswahl wurden die so genannten Hartz-Module medienrätig präsentiert, verbunden mit dem Versprechen: In zwei Jahren werde, dank "Hartz", die Massenarbeitslosigkeit halbiert. Das war 2002. Ich war damals dabei: Draußen, bei den Protesten vieler Arbeitsloser, und drinnen, wo Helmut Holter (PDS), Arbeitsminister von Mecklenburg-Vorpommern, gerüffelt wurde. Er hatte kritisiert, das "Hartz"-Konzept sei nicht ost-tauglich. Er wurde vor laufenden Kameras gescholten, weil er zwölf Jahre nach der Vereinigung noch immer Ost-Politik vertrete.

Am 19. Dezember 2003 wurde dann im Bundesrat und im Bundestag entschieden: Alle waren für "Hartz IV", nur die PDS nicht. Im Bundesrat verweigerten lediglich die zwei rot-roten Landesregierungen die Zustimmung. Nach der Abstimmung kamen viele Abgeordnete anderer Parteien bei uns vorbei. Sie waren zum Abstimmen befohlen und wollten von der PDS im Bundestag hören, worum es konkret gehe. Wir wussten damals vieles, aber nicht alles. Denn die komplette Vorlage, hunderte Seiten lang, wurde erst zu Sitzungsbeginn verteilt. Deshalb beantragten wir, die Abstimmung zu verschieben. Das wurde abgelehnt und wir wurden von CSU-"Christen" als "gottlos" beschimpft. Sie forderten fröhliche Weihnachten. Für sich.

Heute sind die Montagsdemos wiederbelebt, zehntausendfach. Es geht gegen "Hartz IV". Seit Wochen überschlagen sich Politiker und Kommentatoren gegen die zunehmende Anti-"Hartz"-Stimmung im Lande. Parteienforscher und politisch engagierte Psychologen schütteln den Kopf,

ob der verzweifelten Rundumschläge der vermeintlichen Eliten. "Derfen die das?", soll sich ein sächsischer König einst empört haben, als sein Volk aufmüpfig wurde. Sachsens Ministerpräsident, Milbradt, ist da raffinierter. Er habe gegen "Hartz IV" gestimmt, suggeriert er, und sein Amts- und CDU-Bruder in Sachsen-Anhalt, Böhmer, versucht das selbe Verwirrspiel. Nix da!

Dann meldeten sich flugs auch einstige oder vermeintliche Bürgerrechtler aus DDR-Zeiten zu Wort. Allen voran Vera Lengsfeld aus Thüringen, längst MdB mit CDU-Ticket, von Ex-Kanzler Kohls Gnaden. Sie und andere sprachen den "Hartz"-Kritikern das Recht ab, montags zu demonstrieren, denn der Montag sei durch sie historisch patentiert. So ist das: Die einen Bürgerrechtler rühmen sich, andere rühren sich. Das ist der Unterschied.

Auch DGB-Chef Sommer versuchte sich an der allgemeinen Verunsicherung. Er warnte vor "Rattenfängern", die den Protest missbrauchen könnten, und er behauptet im Nachschlag, die PDS distanzierte sich nicht deutlich von der NPD.

Warum gefährdet, so frage ich, ein Gewerkschafts-Vorsitzender das fragile "Bündnis der Vernunft", das anno 2000 gegen "Rechts" mobilisiert wurde, so leichtsinnig oder vorsätzlich? Die nächste Stufe der Empörungsrakete startete dann Grünen-Chef Bütikofer. Er bezeichnete die Demonstranten gegen "Hartz" als "schwarz und rot lackierte Populisten". Das ist eine neue Weiterung eines historischen Zitates. Darin war von "rot-lackierten" Faschisten die Rede. Bütikofer kennt es. Er rutschte nicht aus. Er zielte mit Vorsatz. Voll daneben. Schließlich meldete sich Bundeskanzler Schröder zurück. Auch er bemühte einen historischen Vergleich und geißelte eine "neue Volksfront" aus CDU und PDS. Beide verleumdeten derart "po-

pulistisch" die rot-grüne Arbeitsmarkt-Reform, dass ihm "übel wird".

Meine Erfahrung: Immer, wenn in aktuellen Auseinandersetzungen Vergleiche mit der Hitler-Zeit strapaziert werden, wird es gefährlich. Zumal dadurch der Faschismus mit seiner Ideologie, seinen Kriegen und Massen-Morden - einschließlich Holocaust - verharmlost wird. Dass Grüne und Sozialdemokraten es dennoch tun, ist schlimm.

Gesine und ich sind durch die Lande gereist, nach Sachsen und ins Saarland, nach Pirmasens und Neuruppin, in den Norden und den Süden. Vor Ort wurden wir quergebte und durch nahezu alle Parteien bestärkt: "Hartz IV" löst wenig und schafft viele Probleme. Das schärft meine Generalkritik: "Hartz IV" ist der Gegenentwurf zu einem demokratischen Sozialstaat. "Hartz IV" verwaltet und mehrt Armut. Das gesellschaftliche Übel - Massenarbeitslosigkeit - wird privatisiert. Zugleich werden Spitzensteuern gesenkt. Der Sozialstaat verarmt. Dagegen protestieren Tausende, im Osten und zunehmend auch im Westen. Das ist ihr gutes, demokratisches Recht. Sie sind betroffen und sie wurden getäuscht.

Im Sommerurlaub lässt sich gut lesen. Ich hatte "Harry Potter" mit, aber auch "Politisches", Heiner Geißler zum Beispiel. Ich empfehle seine jüngeren Bücher. Er gehört zu den CDU-Politikern, die sozial, sogar radikal denken. Leider sind diese Exoten fast immer längst aus dem Amt oder, wie UN-Umweltemissar Klaus Töpfer, außer Landes. Hierzulande ist der Ton inzwischen schärfer geworden. Ich bin sicher, auch im Bundestag wird es demnächst rauer zugehen.

Eines allerdings hat CDU-Chefin Merkel schon früh klargestellt: "Wir haben ›Hartz IV‹ vorangetrieben, die PDS nicht." Immerhin, das stimmt!

Petra Pau



Am Tag der Bundesversammlung protestiert die PDS vor dem Brandenburger Tor

Fortsetzung von Seite 4

24.2.2004: Das Flugblatt "Weg damit" ist ein wirklicher "Kassenschlager". Seit Wochen bekommen wir immer neue Bestellungen. Wir haben bis heute über 250 000 Flugblätter verteilt oder verschickt. Ich schreibe Kassenschlager in Führungszeichen, weil wir damit kein Geld verdienen. Im Gegenteil: Der Bundestag gibt uns keinen müden Euro für die Öffentlichkeitsarbeit. (Klaus Singer)

23.5.2004: Sonntagmorgen, vor der Wahl des Bundespräsidenten, treffen sich etliche PDS-Wahlleute, um das Transparent "Hitlers Marine-Richter Filbinger in Berlin unerwünscht - PDS" vor dem Brandenburger Tor und dem Reichstag zu entrollen. In einigen Medien wurde auch die Frage aufgeworfen, warum man den alten Mann denn nicht in Ruhe lasse. Die ehemaligen Häftlinge von Auschwitz, Buchenwald und Sachsenhausen werden auch nicht in Ruhe gelassen. Viele haben heute noch Albträume. Ein Filbinger in der Bundesversammlung lässt sie nicht ruhiger schlafen. (Gesine Löttsch)

31.5.2004: Ich bin weit vom leichten Sinn entfernt, "Volkes Stimme" spreche a priori gut und recht. Zuweilen gruselt es mich, wenn ich Stammtisch-Gespräche höre. Politik und Medien tragen das ihre zur Kulturlosigkeit bei. Das spricht gegen beide. Aber das alles sind keine ernsthaften Argumente gegen mehr Demokratie. (Petra Pau)

28.6.2004: Nein zu Hartz IV! Regelmäßig treffen sich die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, die Sprecherin der Europa-gruppe und wir, Petra Pau und ich, als Bundestagsabgeordnete in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der PDS. Diesmal in Potsdam. Bereits zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen kann der Thüringer, Bodo Ramelow, Glückwünsche für grandios gewonnene Wahlen entgegen nehmen. Ich stimme mit Bodo Ramelow überein: Die PDS ist nur dann erfolgreich, wenn sie erkennbar, wenn sie eigenständig ist. (Gesine Löttsch)

17.8.2004: Seit drei Wochen überschlagen sich Politiker und Kommentatoren gegen die zunehmende "Anti-Hartz"-Stimmung im Lande. Parteien-Forscher und politisch engagierte Psychologen schütteln den Kopf, ob der verzweifelten Rundumschläge der vermeintlichen Eliten. Ich erkenne zumindest Ähnlichkeiten mit dem 1989 in der DDR Erlebten. (Petra Pau)



Krieg

Andere haben ein schlechtes Gefühl

In der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2002 hatte Petra Pau 17 Mal über Einsätze der Bundeswehr im Ausland abzustimmen. Sie lehnte sie 17 Mal ab, so wie die gesamte PDS-Fraktion. Nunmehr besteht die "PDS im Bundestag" noch aus Gesine Löttsch und Petra Pau.

Allein in den ersten fünf Monaten der neuen Legislaturperiode gab es 13 Debatten zu Militäreinsätzen, zur Nato-Strategie, zur künftigen EU-"Sicherheits"-Politik, zur Bundeswehr. Weitere folgten. Inzwischen liegt die "Nein"-Statistik von Petra Pau bei über 30, womit sie in der Geschichte des Bundestages vermutlich einen Rekord innehat, um den sie sich nicht bemüht hat. Er ist ihr geradezu aufgezwungen worden.

Aber um Rekorde geht es nicht. Die hohe Zahl verdeutlicht vielmehr, wie sehr Abstimmungen über Bundeswehreinsätze in fernen Ländern längst zum Alltag deutscher Politik gehören. Und sie zeigt, dass derzeit nur eine Partei, nämlich die PDS, konsequent daran festhält, dass Krieg keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein darf. Petra Pau und Gesine Löttsch obliegt es im Deutschen Bundestag, all das an- und auszusprechen, was 50 Prozent und mehr der Bevölkerung meinen. Wenn sie während ihrer Reden in die Reihen der Grünen gucken, dann meinen sie zu sehen, dass hie und da noch ein einst friedensbewegtes Gewissen schlägt. Aber Unterstützung erhalten sie keine, Zustimmung zu ihrem Nein zum Krieg sowieso nie, aber gelegentlich, wenn die Debatten und Abstimmungen vorbei sind, kommt doch eine oder einer und entschuldigt sich, mit dem Hinweis auf den Fraktionszwang oder auf die gerade

wieder einmal vom Bundeskanzler zusammen mit der Abstimmung gestellte Vertrauensfrage, dass sie sich gar nicht wohl fühlten ob ihres Abstimmungsverhaltens.

"Es gibt Abstimmungen", räumen Petra Pau und Gesine Löttsch ein, "da kommen wir schwer ins Grübeln". Etwa, wenn sich in Afrika ganze Völker abschlachten, wenn es zwar immer um Kapitalinteressen, aber eben auch um Millionen Menschenleben geht. So etwa im Sommer 2003, als im Kongo ein mörderischer Bürgerkrieg tobte und die Bundesregierung eine Sanitätseinheit in die Krisenregion schicken wollte, oder aktuell im Sudan, wo die UNO eine Intervention erwägt.

"Wir prüfen jeden Einzelfall, wir suchen Rat und wir wägen ab", sagen die beiden PDS-Frauen im Bundestag. Sie sagen Nein aus Vernunft, nicht aus Prinzip. Im März 2004 fand in Rostock eine "Ostsee-Friedenskonferenz" statt. Die PDS war maßgeblich dabei und Petra Pau fasste in einem Beitrag ihre Bundestags-Erfahrungen zusammen: "In der Krieg-Frieden-Frage erlebe ich drei Trends: die Normalisierung des Militärischen, die Entdemokratisierung des Politischen, die Veräußerung der Verantwortung." Das klingt verkürzt, hat aber Hintergründe.

Beispiel für die "Entdemokratisierung des Politischen" ist das "Entsendegesetz", das von allen Bundestags-Parteien - außer der PDS - gewollt wird. Zwar basteln sie noch eifrig am Gesetz, aber gelegentlich wir es auch schon unter der Hand praktiziert. Durch dieses Gesetz "sollen künftig Einsätze der Bundeswehr beschleunigt werden, ohne umständliche Vorab-Debatten im Bundestag", klärt Gesine Löttsch auf. "Das ist

zwar grundgesetzwidrig, aber es ist Programm, auch der EU." Das sei jene "Veräußerung der Verantwortung", vor der Petra Pau gewarnt hatte: "Immer häufiger wird auf die UNO, die EU oder die Nato verwiesen. Deutschland gehöre dazu und müsse daher militärisch mitmachen.

"Dabei hatte schon Gesine Löttsch am 20.3.2003, an jenem Tag, da die kriegerische Invasion des Iraks gerade begonnen hatte, die Bundesregierung gefragt, warum sie bei jeder Gelegenheit betone, ihre Bündnisverpflichtung gegenüber den USA einhalten zu wollen, wenn doch alles klar geregelt sei. "Ich denke", sagte Gesine Löttsch, "es gibt keine Bündnisverpflichtung, einen Angriffskrieg zu unterstützen. Ganz im Gegenteil: Unser Grundgesetz stellt die Vorbereitung und Unterstützung eines Angriffskrieges unter Strafe. Die Gewährung von Überflugrechten für US-Bomber, die Beteiligung von deutschen Soldaten an AWACS-Einsätzen und der Einsatz der Fuchs-Panzer in Kuwait verstoßen damit gegen die Verfassung unseres Landes." "Ich glaube, Sie haben nicht zugehört", empörte sich Fritz Kuhn von Bündnis'90/Die Grünen daraufhin in einem Zwischenruf.

Gesine Löttsch und Petra Pau glauben, dass er bis heute nicht verstanden hat, worum es geht. Aber er ist - kein Trost - kein Einzelfall.

Rainer Brandt



Rechtsradikale

Extrem geduldet

Monat für Monat frage ich die Bundesregierung, wie viele rechtsextreme Straftaten sie registriert habe und wie viele davon geahndet werden. Die Zahlen des Bundes-Innenministeriums sind schlimm: Im statistischen Mittel wird stündlich eine Straftat und täglich eine Gewalttat registriert. Die tatsächlichen Zahlen sind weit höher.

Diese Frageserie begann Anfang der neunziger Jahre mit der PDS im Bundestag. Ich führe sie fort.

Im parlamentarischen Alltag ist das Thema nahezu "out". Dabei schien es noch vor kurzem "Spitze", als Bundestag, Bundesrat und die Bundesregierung die NPD durch das Bundesverfassungsgericht verbieten wollten. Doch das Verfahren war verfahren, es wurde zum Desaster.

Es lief auf die Alternativ-Frage hinaus, was wichtiger ist: Der Schutz von V-Leuten, die zuweilen den Verfassungsschutz informieren, aber immer auch die NPD stärken, oder das Verbot der rechts-extremistischen Partei? Dann hätten die Innenminister ihre V-Leute offenbaren müssen. Sie taten es nicht.

Inzwischen feiert die NPD Wahlerfolge. Die rot-grüne Bundesregierung, aber auch CDU und FDP reagieren nervös und sie begehen unisono den nächsten Irrsinn, indem sie NPD und PDS in einen Topf werfen.

Das beleidigt zahllose Antifaschisten, die sich der PDS nahe fühlen. Das verharmlost zugleich neofaschistische Umtriebe, in Ost und West. Und es gefährdet das Bündnis "für Zivilcourage - gegen Rechts", das im Sommer vor vier Jahren mühsam geschmiedet wurde. So kurz darf man nicht denken.

Petra Pau

Marzahn-Hellersdorf

Ein Ort zum Reden

Im Juli dieses Jahres kam ein Infomobil des Deutschen Bundestages nach Marzahn-Hellersdorf, einem Stadtbezirk im Nordosten Berlins, der zugleich Wahlkreis der Bundestagsabgeordneten Petra Pau ist.

Obwohl die Ferien bereits begonnen hatten, war der Andrang nicht klein. Viele wollten die fahrende Ausstellung des Parlaments sehen, vor allem aber auch die Gelegenheit nutzen, mit der Abgeordneten Pau zu reden.

Die ist, ebenso wie ihr Wahlkreismobil, im Wahlkreis bekannt wie der berühmte bunte Hund und das hat Gründe: Zum einen wohnt sie dort, und das schon lange. Natürlich kennt sie viele Menschen hier, weiß um deren Probleme. Petra Pau redet mit ihnen, unterstützt sie, wenn sie sich einmischen wollen und dabei

Hilfe brauchen. Zum anderen hat Petra Pau natürlich ein Wahlkreisbüro vor Ort, mitten in der "Hellen Mitte". Das wird genutzt für regelmäßige Bürgersprechstunden, zu denen pro Tag zwischen zehn und fünfzehn Menschen und Vertreter von Vereinen und Institutionen, Freien Trägern, Projekten und Basisorganisationen der PDS kommen. Themen: Soziale Probleme oder solche mit Institutionen, neuen Gesetzen und Verordnungen, Renten- und Gesundheitsreform, Hartz IV, ganz private Sorgen und Nöte.

Inzwischen ist das Büro auch für seine regelmäßig stattfindenden Ausstellungen bekannt - ein Ort halt, an dem man sich trifft, um über Politik zu reden, und die Abgeordnete persönlich kennen zu lernen. H. W.

Presse

Zitate

"Die reden mehr als jeder andere Hinterbänkler", sagt ein Parlamentarier. Das stimmt, weil sich die Redezeit nur auf zwei Personen verteilt, die in den vergangenen anderthalb Jahren mehr Präsenz gezeigt haben als viele andere.

Katja Bauer in "Stuttgarter Zeitung" (7.4.2004)

Petra Pau ist bekanntlich die Hälfte des real existierenden Sozialismus.

GA in "tageszeitung" (16.8.2004)

Petra Pau: ungefähr 17 000 Seiten auf Deutsch in 0,23 Sekunden. Gesine Löttsch: ungefähr 5930 Seiten auf Deutsch in 0,40 Sekunden.

www.google.de (9.9.2004)

Lichtenberg

Hinter den Kulissen

Timm Schwaar hat die Annonce gelesen und sich beworben. Praktikum bei der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch zu machen, erschien ihm eine gute Idee. Er geht in die 10. Klasse, interessiert sich für Politik und hat zudem einen Standortvorteil: Er lebt im Wahlkreis der Abgeordneten.

Das ist keine Bedingung, aber die Abgeordnete findet es gut, wenn sie junge Menschen aus Lichtenberg mit ihrer Arbeit vertraut machen kann. Und ihr Anspruch ist, dass die nicht nur zuschauen, sondern möglichst viel tun können. Also hat Timm Rechercheaufträge bekommen, war mit der Abgeordneten in einem Lichtenberger Unternehmen, konnte eine Plenarsitzung besuchen und ließ sich von den Büroarbeitern parlamentarische Abläufe und die Arbeit in Sit-

zungswochen erklären. Er habe in den zwei Wochen, sagt er heute, die Politik von einer anderen Seite kennen gelernt. "In so einer Plenarsitzung gibt es viele Rituale und Scheingefechte. Andererseits weiß ich aber nun auch, dass es ein Vorurteil ist zu behaupten, Politiker würden nur reden und nichts tun."

In den vergangenen zwei Jahren haben acht Schülerinnen und Schüler bei Gesine Löttsch ein Praktikum absolviert. In den kommenden zwei Jahren werden es noch 40 weitere sein. Wer die Praktikumsberichte auf der Homepage der Abgeordneten liest bekommt den Eindruck, dass jedes Praktikum anders, aber immer hoch interessant ist. Für die Lernenden und für die Vermittelnden gleichermaßen.

H. H.



Petra Pau im Wahlkampf für die Europawahl 2004

Preisfrage

Welches Versorgungsinstrument benutzen die PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau und Gesine Löttsch gelegentlich im Plenarsaal?

1. Preis: Ein Besuch im Bundestag und ein Essen im Besucherrestaurant
2. und 3. Preis: je ein Jahresabo der Zeitschrift "Neues Deutschland"

Die Lösung bitte senden an: Gesine Löttsch, Platz der Republik 1, 11011 Berlin bis 30. September 2004



Timm Schwaar, ein musikalischer Praktikant im Büro Löttsch

gesine.loetzsch@bundestag.de – petra.pau@bundestag.de

"Es gibt sie noch, Abgeordnete wie Sie"

Ich bin SPD-Anhänger und SPD-Wähler aus Tradition. Aber auch in der Politik sollte Fairness gelten. Ihre Arbeitsbedingungen im Bundestag sind empörend.

W. T.

Dass es Abgeordnete verschiedener Klassen gibt, ist nicht nur eine Schweinerei, sondern stellt den Selbstanspruch dieses Staates als Demokratie in Frage.

D. und H. M.

Es gibt sie also noch, Abgeordnete wie Sie, Ihrer Partei, welche den Krieg, mit Beteiligung der

BRD, gegen Serbien als Angriffskrieg bezeichnen.

P. Sch.

Seit langem kann ich die Debatten im Bundestag kaum noch ertragen. Umso glücklicher bin ich, dass ich nun die Möglichkeit entdeckt habe, die Reden der PDS-Abgeordneten zu lesen. Jedes Ihrer Worte spricht mir vollkommen aus der Seele.

H.D.

Bislang kannte ich Sie ausschließlich durch ein paar kurze Sätze, die das Fernsehen übertra-

gen hat. Auf dem Kirchentag habe ich Sie erstmals unmittelbar erleben und reden hören können. Als katholischer Diakon würde ich ruhiger in die Zukunft unseres

Kontakte

Postadresse
Gesine Löttsch und Petra Pau
Platz der Republik
11011 Berlin

Gesine Löttsch:
Telefon 030 22 77 17 87
Fax 030 22 77 60 70
Internet www.gesine-loetzsch.de

Wahlkreisbüro: Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, Telefon 030 99 27 07 25. Die Sprech-

stunden finden einmal im Monat, jeweils dienstags ab 17 Uhr statt.

Petra Pau:
Telefon 030 22 77 10 95
Fax 030 22 77 00 95
Internet www.petra-pau.de

Wahlkreisbüro: Henny-Porten-Straße 10, 12627 Berlin, Telefon 030 99 28 93 80, Fax 030 99 28 93 81. Einmal im Monat hat Petra Pau einen Wahlkreistag, die Ankündigung erfolgt über die Homepage der Abgeordneten und in der Tagespresse

Ihre sensible Rede anlässlich des unappetitlichen Antisemitismus-Streits, den Möllemann initiiert hat, bedanken.

D. Sch.

Impressum

Herausgeber:
Dr. Gesine Löttsch, MdB, Petra Pau, MdB
(V.i.S.d.P.), Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: textebüro
Fotos: Carlos Katins, ND-Lange, ND-Frotscher
Druck: Druckhaus Schöneweide GmbH
Ballinstraße 125, 12359 Berlin

Dieses Informationsblatt erscheint als Beilage zur Tageszeitung Neues Deutschland, 18.09.2004



6. September 2004: Montagsdemo in Berlin. Am 2. Oktober sind Gesine Lötzsch und Petra Pau wieder dabei.

Dauerbrenner

Ein paar Fragen am Rande

Was könnt ihr als Einzelabgeordnete im Bundestag machen?

Wir können im Plenum zu jedem Tagesordnungspunkt reden, können Fragen in der Fragestunde stellen, ebenfalls bei den Regierungsbefragungen. Wir sitzen in Ausschüssen, dürfen dort zwar nicht abstimmen, aber Fragen stellen, können Berichte anfordern und mit den Informationen, die wir bekommen, an die Öffentlichkeit gehen.

Was dürft ihr nicht?

Wir können keine Anträge und keine Gesetzesentwürfe einbringen. Wir dürfen keine Aktuelle Stunde beantragen, keine großen und keine kleinen Anfragen stellen.

Wer schreibt euch die Reden?

Das machen wir selbst und weil bei den wenigen Redeminuten, die wir haben, jedes Wort sitzen muss, geben wir uns damit auch sehr viel Mühe. Natürlich lassen wir uns bei vielen Fachthemen zuarbeiten. Schließlich können zwei Leute nicht alles wissen.

Redet ihr zu allen Themen?

Zu möglichst vielen. Jedenfalls zu

allen, von denen wir meinen, dass gerade hier die Ansichten der PDS gesagt werden müssen.

Wie finanziert ihr eure Öffentlichkeitsarbeit?

Im Gegensatz zu Fraktionen bekommen wir kein Geld und finanzieren das aus eigener Tasche.

Und hinter den Kulissen sind sie dann nett?

Häufig jedenfalls netter als im Plenarsaal, wo sich viele wichtig machen wollen.

Kann der Bundestagspräsident euch eigentlich noch leiden, nachdem ihr euch doch so häufig bei ihm über Arbeitsbedingungen und Ungleichbehandlung beschwert habt?

Das müsste er schon selbst sagen. Wir jedenfalls werden unsere Rechte weiter einklagen, auch auf die Gefahr hin, als Nervensägen zu gelten.

Wo ist der Picknickkorb, mit dem ihr anfangs im Plenarsaal erschienen seid?

Den gibt es noch. Die Situation hat sich ja auch nicht geändert. Da wir zu zweit sind und wenn möglich immer bei den Plenarde-

batten präsent sein wollen, kommen manchmal gut und gern neun Sitzungsstunden mit nur kurzen Pausen zusammen.

Wer kocht bei euch im Büro Kaffee?

Wir trinken meist Tee.

Der muss auch zubereitet werden.

Wer gerade Zeit hat. Ist jedenfalls kein Sekretärinnenjob.

Wie viel Post bekommt ihr?

Im Schnitt sind das hunderte Briefe und Mails pro Woche. Wir versuchen, alle zu beantworten.

Seid ihr in einer Sportgruppe des Bundestages?

Keine Zeit, obwohl wir gehört haben, dass jetzt eine Sportgruppe "Boxen" aufgemacht werden soll. Wäre vielleicht ganz gut für uns.

Stimmt es wirklich, dass ihr euch manchmal gegenseitig aus dem "Kapital" vorlest?

Nein, aus dem "Neuen Deutschland". Mit dem "Kapital" sind wir längst durch.

Die Fragen stellte
Hannah Hoffmann

Ausblick

Ja, wie lange noch?

An Aufmerksamkeit mangelt es häufig, wenn eine der beiden PDS-Abgeordneten im Bundestag redet. An Zwischenrufen dagegen mangelt es nie. Die meisten sind von trostloser Einfältigkeit, manche sind ganz lustig, andere tauchten besser gar nicht im Protokoll auf. Tun sie aber doch.

Die Vizepräsidentin kündigt die Rednerin der PDS an und noch bevor die anfängt, schreit einer von der CDU: "Sagen Sie mal was zu dem SED Vermögen!" Der Vizepräsident erteilt der fraktionslosen PDS-Abgeordneten das Wort und schon hallt es von den rechten Bänken: "Wie lange noch?"

Ja, wie lange eigentlich noch?

So lange es Menschen gibt, die etwas für eine linke Opposition im Deutschen Bundestag übrig haben. 2002 waren es rund zwei Millionen Wählerinnen und Wähler. "Für die", sagen Petra Pau und Gesine Lötzsch, "und für die, die 2006 noch dazu kommen werden, reden wir im Deutschen Bundestag. Wir sind als Kandidatinnen einer Partei angetreten, direkt gewählt worden und treten im Parlament als Abgeordnete einer Partei auf. Die Anzahl derer, deren Interessen wir vertreten,

kann und sollte allerdings weit aus größer sein. Aber die uns zuhören sollen auch immer wissen, woher wir kommen und wofür wir stehen."

Inzwischen ist es ein in vielen Variationen gespieltes Ritual, die beiden Parlamentarierinnen ohne Nennung der Partei anzukündigen. Die beginnen dann ihre Reden oft so: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, und für die Besucherinnen und Besucher darf ich sagen, dass ich Abgeordnete der PDS bin." "Nein, fraktionslos", tönt es aus den Reihen der SPD, als sei das der Beweis des Gegenteils. Zwischenrufe muss man aushalten, auch wenn sie manchmal wie eine Endlosschleife wirken. Hin und wieder kann man ihnen sogar zustimmen.

"Diese Debatte im Deutschen Bundestag wird sicher eine der Debatten dieser Legislaturperiode sein, bei der die meisten Frauen gesprochen haben", sagt die PDS-Abgeordnete. "Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich keine Frau bin?", ruft der Mann von der CDU.

Aber ja doch. Man kann sich auch mal einig sein.

H. H.